



BUND KATHOLISCHER
UNTERNEHMER.



Kolping

Initiative
„Gleicher Lohn für gleiche
Arbeit am gleichen Ort“

Katholische Unternehmer- und Sozialverbände erwarten von der Politik Stärkung der Sozialpartnerschaft und Tarifbindung zur Stabilisierung des gesellschaftlichen Friedens

Sehr geehrte Damen und Herren,

die jüngsten politischen Entwicklungen zeigen: Ein großer Teil der Bevölkerung verliert das Vertrauen in die Führungsfähigkeit unserer Eliten und in die Funktionsfähigkeit unseres Staates. Das mag so pauschal nicht berechtigt sein. Doch konkrete soziale Unsicherheiten und sichtbare Herausforderungen werden zunehmend zum Nährboden für Zukunftsängste und gesellschaftliche Polarisierung.

Da helfen auch keine „Brandmauern“, denn **es brennt bereits vor der Mauer**. Zum Löschen helfen nur überzeugende Ideen, die unser Land wieder in Schwung bringen, sowie ein **Gegenfeuer von Maßnahmen**, die unser Land stabilisieren. Das gilt nicht nur für die Wirtschaft, bei der Migration und beim zielungenaunen Bürgergeld, sondern vor allem auch mit Blick auf die Sozialpartnerschaft.

I. Die Sozialpartnerschaft als Säule der Sozialen Marktwirtschaft

Das Anliegen dieses gemeinsamen Briefes des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und der Kolpinginitiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist demnach die Stärkung der Sozialpartnerschaft und der Tarifbindung, so wie es in der „Erklärung von Münster zur Lohngerechtigkeit“ (online abrufbar unter <https://www.bku.de/muenster.pdf>) zum Ausdruck kommt.

Die Sozialpartnerschaft ist eine **tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft**, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer in dieser Partnerschaft autonom – fernab staatlichen Einflusses – gemeinsam Gewinne, Löhne und Renten erwirtschaften und festlegen. Sie hat unser Land stark gemacht, sozialen Frieden ermöglicht und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Doch diese Säule der Sozialen Marktwirtschaft gerät ins Wanken: Denn 10 Millionen Menschen arbeiten, vor allem in den Dienstleistungsbranchen, im Niedriglohnsektor, meist unter einer sonst üblichen tariflichen Entlohnung.

Die Tarifbindung ist in den letzten Jahrzehnten von 65 auf 21 Prozent gesunken. Dem Minilohn folgen Minirenten und eine massive Belastung öffentlicher Haushalte durch aufstockende Sozialleistungen. In der jüngsten Shell-Studie rangiert bei jungen Leuten die Angst vor Armut auf Platz 2. Es liegt nicht in der Verantwortung des Staates, dieses Problem über Eingriffe in die Lohnfindung zu lösen. Die Sozialpartner stehen hier vielmehr in der Pflicht, sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.

II. Die Sozialpartnerschaft als Element fairer Wirtschaft

Der BKU und die KAB unterstützen die Stärkung der Sozialpartnerschaft und der Tarifbindung sowohl aus Arbeitgeber- als auch aus Arbeitnehmersicht, weil diese ein wichtiges Element fairen Wettbewerbs ist, der nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden darf. Darüber hinaus verweisen wir auf die gemeinsamen



BUND KATHOLISCHER
UNTERNEHMER.



Kolping

Initiative
„Gleicher Lohn für gleiche
Arbeit am gleichen Ort“

Verpflichtungen innerhalb unserer europäischen Wirtschaftsordnung und die Chancen, die sich infolge dieser Selbstverpflichtungen ergeben.

Die Europäische Union hat mit ihrer Mindestlohnrichtlinie (EU 2022/2041) deutlich gemacht, dass **Mitgliedstaaten bei einer Tarifbindung von unter 80 Prozent Maßnahmen zur Förderung von Tarifverhandlungen ergreifen müssen**. Während viele unserer europäischen Nachbarländer bereits entsprechende Maßnahmen umgesetzt haben, hat Deutschland bislang keinen nationalen Aktionsplan vorgelegt. Dabei könnte gerade eine solche Initiative nicht nur die Sozialpartnerschaft stärken, sondern auch **die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität fördern**.

Aus Unternehmerperspektive sehen wir hierbei die Chance, sich frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess einzubringen. Statt das Feld zu räumen, gilt es hier, aktiv an einer **tragfähigen und wirtschaftlich praktikablen Umsetzung ohne große Bürokratie** mitzuwirken. Im Sinne der Unternehmer ist dies auch, weil der Standort Deutschland davon profitiert, wenn der Mittelstand hier Verantwortung übernimmt. **Es dient schließlich sowohl dem sozialen Frieden als auch der Sicherheit unserer sozial und industriell kritischen Infrastruktur**, wenn wir die Sozialpartnerschaft in Deutschland stärken und so unter anderem ausufernden Streiks vorbeugen.

III. Die Sozialpartnerschaft als Gegenmittel zur Polarisierung

Eine der Kernideen der Katholischen Soziallehre ist, dass – im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – nicht Umverteilung, sondern systemische Gerechtigkeit an erster Stelle steht, die sich in Gesetzen und Regeln so abzubilden hat, dass soziale Schieflagen erst gar nicht entstehen.

Auf dieser Basis trugen katholische Unternehmer- und Sozialverbände sowie Amtsträger der Kirche **„zur gefundenen Gestalt des Sozial- und Wohlfahrtsstaates viel bei“**, wie es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ihnen in seiner Rede auf dem Katholikentag in Erfurt attestierte.

So wurde etwa die Tarifbindung in der Weimarer Republik zusammen mit den Sozialdemokraten durch die katholische Zentrumspartei in Gesetze gegossen. Die Nationalsozialisten griffen diese Gesetze später auf, verbanden sie mit ihrer eigenen Ideologie und exportierten sie nach dem „Anschluss“ 1938 auch nach Österreich, wo Teile dieser Regelungen bis heute gelten. In Deutschland hingegen wurden diese Bestimmungen nach dem Krieg schrittweise abgeschwächt.

Doch nicht nur die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft und die Prinzipien der Katholischen Soziallehre mahnen dazu, die Sozialpartnerschaft wieder stärker in unserem wirtschaftlichen Zusammenleben zu verankern. Es gehört wenig Fantasie dazu, sich vorzustellen, wie gefährlich es für unser Land und die Demokratie sein könnte, wenn extreme politische Strömungen erneut versuchen, soziale und nationale Aspekte auf eine Weise zu verbinden, die die bestehende Polarisierung weiter verschärft. Umso mehr Handlungsbedarf sehen wir demnach, die Sozialpartnerschaft als Gegenmittel dazu zu



BUND KATHOLISCHER
UNTERNEHMER.



KATHOLISCHE
ARBEITNEHMER-
BEWEGUNG



Kolping

Initiative
„Gleicher Lohn für gleiche
Arbeit am gleichen Ort“

stärken. **Denn die Gesellschaft zerfällt, wenn die Nöte und Sorgen der Bevölkerung nicht ernstgenommen werden und es an einem kompensierenden Wertegerüst mangelt.**

IV. Die Sozialpartnerschaft muss politisch umgesetzt werden

Wir als katholische Verbände sind überzeugt, dass die Stärkung der Sozialpartnerschaft eine wichtige politische Antwort auf diese wirtschaftliche und demokratische Krise ist. Sie steht nicht nur exemplarisch für eine heute umso wichtigere wertebasierte Politik, die sich an dem Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und den gemeinwohlförderlichen Prinzipien der Katholischen Soziallehre orientiert. Auch ist die Sozialpartnerschaft, wie wir in unserem Brief verdeutlichen konnten, **ein wirtschafts- und sozialpolitisch nicht nur tragbarer, sondern unbedingt notwendiger Lösungsansatz zur Überwindung der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung.**

Darum zählen wir darauf, dass die Parteien der Mitte die **Tarifbindung als ein wichtiges Element zur Stärkung der Sozialpartnerschaft und des sozialen und gesellschaftlichen Friedens identifizieren** und unsere Ideen in die Wahlprogramme der Parteien – und vor allem in das gesetzgeberische Handeln einer künftigen Regierung – Eingang finden.

Mit den besten Grüßen und besten Wünschen für Ihre Arbeit

Werner Schniedermann

Sprecher

Kolping-Initiative „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

werner.schniedermann@t-online.de

+49 173 7047175

Dr. Martin Nebeling

Bundsvorsitzender

Bund Katholischer Unternehmer (BKU)

martin.nebeling@twobirds.com

+49 211 20056140

Andreas Luttmer-Bensmann

Bundsvorsitzender

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

andreas.luttmer-bensmann@kab.de

+49 221 7722138